Das Letzte

Aus dem Tagebuch einer Autoversicherung:

"Der Bursche war überall und nirgends auf der Straße. Ich musste mehrmals kurven bis ich ihn traf."

"Der Fußgänger hatte anscheinend keine Ahnung, in welche Richtung er gehen sollte, und so überfuhr

"Ich fuhr mit meinem Wagen gegen die Leitschiene, überschlug mich und prallte gegen einen Baum. Dann verlor ich die Herrschaft über meinen Wagen."

"Der andere Wagen war absolut unsichtbar, und dann verschwand er wieder."

denk-mal

die Frage:

Wie wär's mit einem gemeinsamen Sommerfest von allen für alle -

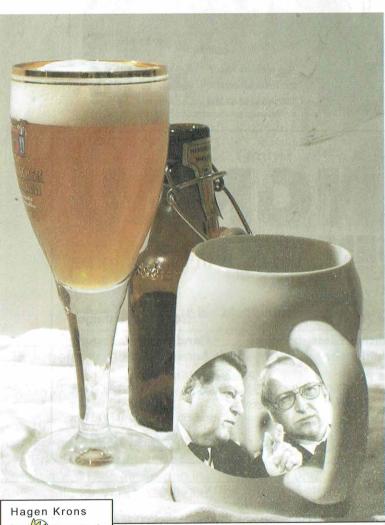
Vereine, Verbände, Organisationen, Parteien?

Die Antwort:

Warum eigentlich nicht? Gemeinsinn schafft auch Frohsinn

Vielleicht lässt sich eine gemeinsame Terminplanung im Rathaus realisieren!?!

meint Einer



Bauernweisheit: Wie der Herr, so's Gescherr! Was in einem bayrischen Seidel wirklich drin ist, wusste man noch nie genau.

Willkommen



Königstein Hotel und Restaurant

Der Treffpunkt netter Gäste

Einzel- und Doppelzimmer mit Dusche, WC, Radio, Durch-wahltelefon, Farb-TV und Früh-stücksbüfett bietet unseren Gästen den gewünschten Kom-

Gaststätte mit guter bürgerlicher

Parkplätze direkt am Haus.

Auf Wunsch senden wir Ihnen kostenlos unseren Hausprospekt mit weiteren Informationen zu.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

Rolf + Margrit Schönwald

Kieler Straße 2 24 119 Kronshagen Telefon 04 31 / 58 510 - 0 Telefax 04 31 / 58 510 241

KONTAKTE 12



wkontakte



Bürgerzeitung der SPD Kronshagen

L(i) ebenswertes Kronshagen

September 2002

QUO VADIS Hühnerland?



Vorläufiger Bebauungsplan weicht vom städteplanerischen Gutachten ab

KRONSHAGEN VOR DER WAHL ZUM BUNDESTAG

Quo vadis Hühnerland?



Die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter der SPD rieben sich verwundert die Augen! Da hatte auf Grund eines Beschlusses der Gemeindevertretung ein Architekt einen Planungsauftrag für das Hühnerland erhalten, nachdem die Gemeindevertretung sein Gutachten zur Beplanung als gut befunden hatte. Das Ergebnis rief allgemeines Erstaunen hervor, auch bei den Grünen und der UKW; die CDU ließ ihre Haltung nicht erkennen.

Wir erinnern uns: Bei der Bebauungsplanung für das Hühnerland geht es um das einzige der Gemeinde Kronshagen noch zur Verfügung stehende größere

Areal. Es bestand Einvernehmen in der Gemeindevertretung, hier eine Planung anzustreben, die dem Charakter der Gemeinde als "Gartenstadt" entspricht. Aus diesem Grund hat sich die Gemeinde für einen Planer entschieden, der in einem gut gegliederten Gutachten Bebauungsmöglichkeiten aufgezeigt hat. Dieses Ergebnis hat der Planer nur ansatzweise bei seiner konkreten Planung umgesetzt; in einem wesentlichen Teil im Bereich des Suchsdorfer Weges ist er von seinen ursprünglichen Vorstellungen erheblich abgewichen und hat dort einen dicht besiedelten Bereich in Form von Reihenhäusern mit geringer Grundstücksfläche vorgesehen. Auffällig ist, dass diese Planung fast vollständig Vorstellungen entspricht, die Bürgermeister Wilhelms über einen bekannten Bauträger mitgeteilt worden sind. Dieser Bauträger hat großes Interesse an einer wirtschaftlichen Betätigung in einem bestimmten Teil des Hühnerlandes. Der Architekt sieht in seiner Planung am Suchsdorfer Weg Gewerbe vor, das für die Errichtung eines Marktes ausreicht; die Folge ist, dass dort Parkplatzflächen auf zwei Ebenen entstehen müssten. Auch stimmen Planung und Vorgaben der Gemeindevertretung nicht überein.

Das Ergebnis wäre eine dichte Bebauung mit umfangreichen Gewerbe- und Parkplatzflächen. Dies widerspricht dem Charakter der Gartenstadt Kronshagen.

Auf Forderung der SPD-Fraktion der Gemeindevertretung hat ein für alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter offenes Gespräch mit dem Architekten stattgefunden. Hier konnten die Gründe für die von dem Gutachten abweichende Planung hinterfragt werden. Auf Einzelheiten der Erörterung kann hier nicht eingegangen werden, weil es sich um eine nichtöffentliche Veranstaltung handelte. Offen blieb, wessen Interessen in der vorgestellten Planung sich durchgesetzt haben. An manchen Stellen war es der Architekt – wer war es an anderen? Hierzu gab es keine Antwort. Bürgermeister Wilhelms hat in dieser Veranstaltung keine Erklärungen zur Sache abgegeben. Unklar ist geblieben, welche Rolle er und der zuständige Mitarbeiter seiner Verwaltung in dieser Angelegenheit gespielt haben. Herr Wilhelms will nunmehr einen Teil der Planung des Hühnerlandes aus der Bebauungsplanung herausnehmen; sein Ziel ist unklar.



aktiv markt RISTOW Seilerei 4, 24119 Kronshagen, Tel. 5808943

Unser Service für Sie:

- Täglicher Lieferservice
- **▶** Handykarten
- itäglich wechselnder Mittagstisch

Quo vadis Hühnerland?

Möglicherweise ist er daran interessiert, der Gemeindevertretung später eine anlassbezogene Bebauung mit einem bestimmten Bauträger vorzuschlagen, um die angestrebte Planung – dichte Bebauung mit Reihenhäusern – doch noch zu realisieren. Hier sind offenkundig massive wirtschaftliche Interessen im Spiel. Die rechtlichen Auswirkungen auf die Bebauungsplanung sind noch nicht absehbar.

Die SPD Kronshagen verurteilt in scharfer Form den Ablauf des Planungsgeschehens. Sie weist darauf hin, dass sie nachdrücklich dafür eintritt, dass der Gartenstadtcharakter Kronshagens erhalten bleibt. Das setzt voraus, dass über die bauliche Ausnutzung von Grundstücken in einem offenen Prozess zwischen allen Entscheidungsträgern der Gemeinde diskutiert wird. Wir bieten dies allen in der Gemeindevertretung vertretenen Parteien und der UKW an. Der CDU erklären wir, dass unsere Haltung zur Entwicklung Kronshagens klar ist. Öffentlich erhobene Vorwürfe der CDU gegenüber Ausschussmitgliedern der SPD sollen davon ablenken, dass von der CDU keine Vorschläge zur Entwicklung Kronshagens gekommen sind. Die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter der CDU schließen sich bedenkenlos dem an, was ihnen von Bürgermeister Wilhelms (CDU) zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Wir werden Sie über den Fortgang der Angelegenheit weiter informieren.

Malte Hübner-Berger, SPD-Ortsvereinsvorsitzender





Öffnungszeiten: Mo-Fr 7.00-18.30 Uhr

durchgehend

Sa 8.00-13.00 Uhr

"Der sichere Weg" - Politik für Arbeitnehmer und Familien

<u>Der Kronshagener SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels über die Leistungen der Schröder-Regierung und die Aufgaben der nächsten Jahre</u>



Frage: Was hat die sozialdemokratische Regierungspolitik der letzten vier Jahre den Menschen in Deutschland gebracht? Kann man es auf einen Satz bringen?

Hans-Peter Bartels: Ganz klar: mehr Gerechtigkeit, mehr soziale Sicherheit.

Frage: Konkret?

Bartels: Wir haben gleich zu Anfang Ungerechtigkeiten der Kohl-Regierung korrigiert, also die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wieder komplett hergestellt, genauso den vollen Kündigungsschutz, das Schlechtwettergeld für Bauarbeiter und anderes mehr. Und dann haben wir dafür gesorgt, dass Arbeitnehmer und Familien, diejenigen also, die die meisten Lasten in dieser Gesellschaft zu tragen haben, auch langfristig von unserer Regierungspolitik profitieren.

Frage: Beispiele?

Bartels: Erstens, die Steuersätze bei der Lohnund Einkommenssteuer steigen nicht, sondern sie sinken Schritt für Schritt. Das geht auch nach der Wahl weiter. Zweitens, die Arbeitslosigkeit hatte zu Zeiten der CDU/CSU/FDP-Regierung Rekordniveau erreicht - gegenüber 1998 ist sie unter Schröder um zehn Prozent gesunken. Dagegen ist die Zahl der Arbeitsplätze gestiegen, trotz weltweiter Wachstumsschwäche. Und drittens gab es in den Tarifverhandlungen endlich wieder Spielraum für Lohnrunden, die über der Inflationsrate liegen, anders als in den Jahren zuvor. Die Richtung stimmt.

Frage: Aber die Ökosteuer ...?

Bartels: Die Ökosteuereinnahmen gehen als Steuerzuschuss in die Rentenkasse. Deshalb steigt der Rentenversicherungsbeitrag für Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht, obwohl die Zahl der Rentner zunimmt. Der Beitrag konnte sogar leicht reduziert werden. Indem Energieverbrauch etwas teurer wird, wird so Arbeit etwas günstiger. Im übrigen liegen die heutigen Benzinpreise voll im europäischen Mittelfeld.

Frage: Gehört die Rentenreform zu den gelungenen Reformen, so wie die Steuerreform?

Bartels: Eindeutig ja. Am Grundsatz der Neuregelung wird niemand mehr etwas ändern: Neben die bewährte gesetzliche Rentenversicherung tritt eine kapitalgedeckte Zusatzvorsorge, freiwillig und steuerlich gefördert. Das ist die richtige Antwort auf das Älterwerden unserer Gesellschaft. Es muss ja vernünftig und bezahlbar bleiben.

Frage: Müssen wir uns mit hoher Arbeitslosigkeit abfinden?

Bartels: Nein, damit dürfen und wollen wir uns nicht abfinden. Die Rezepte der Konservativen und Liberalen in den 90er Jahren haben alle nicht geholfen. Von ihnen haben wir eine

"Der sichere Weg" - Politik für Arbeitnehmer und Familien

Rekord-Massenarbeitslosigkeit geerbt, die wir jetzt, vor allem durch unsere Steuerpolitik, langsam zurückführen. Aber zugegeben: zu langsam.

Frage: Gibt es neue Rezepte?

Bartels: Im Westen andere als im Osten. Hier müssen wir die Vermittlung noch effektiver machen; die Wirtschaft jammert ja ständig, dass sie offene Stellen anbietet und nicht besetzen kann. Dann: frühzeitige Qualifizierung, mehr Teilzeit, weniger Überstunden. Und für jeden Schulabgänger muss es in Zukunft ein Angebot zur Ausbildung oder zur Arbeit geben. Niemand darf von der Schulbank in die Sozialhilfe entlassen werden! Die Stadt Kiel macht das im übrigens schon so. Das war eine Initiative von Norbert Gansel.

Frage: Einer ihrer persönlichen Schwerpunkte in Berlin war die Familienpolitik. Was ist da geschehen?

Bartels: Mehr als wir uns 1998 vorgenommen hatten. Dreimal wurde das Kindergeld erhöht, Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub wurden verbessert, Bafög erhöht ...

Frage: Reicht das jetzt?

Bartels: Nein. Wir wollen die Schere zwischen dem Kinderfreibetrag für Besserverdienende und dem Kindergeld schließen. Das Kindergeld soll also weiter steigen: auf 200 Euro. Und wir brauchen bessere Betreuungsangebote, auch für Schulkinder. Das heißt: mehr Ganztagsschulen.

Frage: Schulen sind doch Ländersache.

Bartels: Schon, aber man kann von Bundesseite aus locken und drängen, daß etwa jede vierte Schule in Deutschland zur Ganztagsschule ausgebaut wird. Dafür gibt der Bund Geld – damit Familie und Beruf für alle, die das wollen, sich besser verbinden lassen. Allerdings muss sich auch manch anderes in unserer Gesellschaft ändern, in den Unternehmen, in den Medien, um ein kinderfreundlicheres Klima zu schaffen. Ökonomie ist nicht alles.

Frage: Verspricht die CDU in der Familienpolitik nicht noch viel mehr als die Sozialdemokraten?

Bartels: Da werden tatsächlich riesige Summen versprochen. Wäre schon mal interessant zu erfahren, woher bei der Union die zig Milliarden kommen sollen. Es ist ja so oder so am Ende immer Steuergeld – in der schlechtesten Variante als zusätzliche Staatsschulden, die von späteren Generationen mit Zins und Zinseszins abgetragen werden müssen.

Frage: Man hört nicht selten, Sozialdemokraten und Christdemokraten würden sich immer ähnlicher.

Bartels: Ja? Ich kann das nicht finden. Jedenfalls nicht in der Praxis. Die Regierung Schröder tut vor allem etwas für Arbeitnehmer und Familien. Das konnte man von der Vorgängerregierung nun wirklich nicht sagen. Und was der CSU-Kandidat jetzt alles ankündigt, paßt hinten und vorne nicht zusammen. Nur eins ist klar: Es würde teuer werden. Das hieße: entweder mehr Schulden oder höhere Steuern oder Sozialabbau, wenn Stoiber und seine Leute drankämen.

Frage: Also nicht das gleiche Programm?

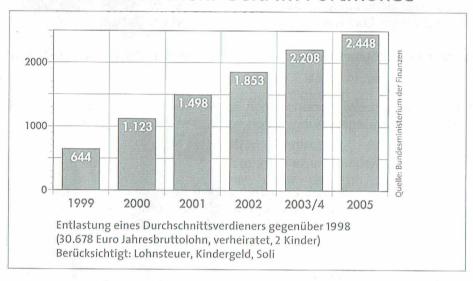
Bartels: Nein, wirklich nicht!

"Der sichere Weg" - Politik für Arbeitnehmer und Familien

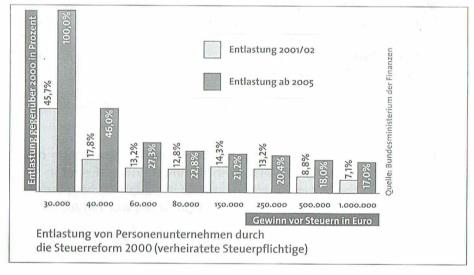
Frage: Wie stehen denn die Chancen für die Fortsetzung der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung?

Bartels: Die Mehrheit der Deutschen, da gibt es gar keinen Zweifel, will Gerhard Schröder als Kanzler behalten. Weil er in Deutschland und in der Welt für unser Land Vertrauen gewonnen hat. Unsere Politik ist verlässlich, sie garantiert Sicherheit im Wandel. Aber: Wer weiter Schröder will, muss Schröder wählen. Das heißt, erste und zweite Stimme: SPD!

Familien haben mehr Geld im Portmonee



Der Mittelstand profitiert





Aus den Ausschüssen und der Gemeindevertretung

Leserbriefe bitte an Dieter Enders, Johann-Fleck-Str. 7, 24119 Kronshagen – Email: denders@t-online.de

Nach der Sommerpause beginnen die Beratungen zum Haushalt des Jahres 2003. Den Ausschüssen werden künftig zur Aufgabenerledigung eigene, begrenzte Mittel zugewiesen (Budgetierung). Dramatische Steuereinbrüche, wie sie in manchen Großstädten zu verzeichnen sind, sind für Kronshagen nicht zu befürchten.

Verschiedene, auch umstrittene Nutzungsund Bebauungspläne stehen auf der Tagesordnung.

Die Aufgaben des sozialen Beratungsund Dienstleistungszentrums sollen nach der Vertragskündigung durch den evangelischen Kirchenkreis im wesentlichen durch die Gemeinde bzw. geeignete Träger fortgeführt werden. Die ambulanten pflegerischen Dienste und die Betreuungsangebote der Seniorenwohnanlage Wendenstraße bleiben erhalten. Das zehn-jährige Bestehen der Partnerschaft zwischen Güstrow und Kronshagen wurde unter Teilnahme etlicher Gemeindevertreter aller Parteien und engagierter Bürgerinnen und Bürger, der Big-Band und Samba-Gruppe des Gymnasiums und Sportlerinnen des TSV-Kronshagen sowie des Chors Kronshagens zur Freude vieler Güstrower eindrucksvoll gestaltet und gefeiert.

Die heftigen Regenfälle im Juli haben auch in Kronshagen zu überschwemmten Kellern und anderen Schäden geführt. Unsere Freiwillige Feuerwehr musste 73 Keller und Aufzugsschächte lenzen. Zusätzlich konnte in Umlandgemeinden wie Kiel geholfen werden.

Nach der Entwässerungssatzung der Gemeinde sind Hauseigentümer verpflichtet, Schmutzwassereinläufe, die unter Straßenniveau liegen durch Rückstauventile zu sichern.



Der Kronshagener Chor



Kronshagen vor der Wahl zum Bundestag

---- TATSACHEN ---- STANDPUNKTE ---- MELDUNGEN ----

FDP will Steuersenkung nach CDU-Ulldahl-Modell (15/25/35%). Westerwelle: "Sofortige Steuersenkung muss jedoch zwischenfinanziert werden." Finanzfachleute: "Ulldahlmodell ist Quatsch"; Zwischenfinanzierung heißt: **neue Schulden**!

Bayrische Landesbank verliert 1.000.000.000 € bei Kirchpleite.

7 Minister Stoibers im Aufsichtsrat der Bank wussten nichts, hörten nichts, sagten nichts. Erwin Huber, als Nachfolger Stoibers gehandelt, erklärte noch im April 2002 einen Formel-1-Kredit für den sichersten Kredit und verließ kurz vor der Pleite den Verwaltungsrat der Landesbank. Vorsitzender des Kreditausschusses ist Finanzminister Faltlhauser.

Edmund Stoiber (2001): "Ich bin nicht Kanzlerkandidat und will es auch nicht werden."

Stoiber (1996): "Ich werde die Arbeitslosenzahl in Bayern halbieren."

Seither ist die Arbeitslosenquote in Bayern gestiegen.

"Süddeutsche Zeitung" vom 6.09.02: "In Bayern steigt Arbeitslosigkeit mit 19,5% am stärksten von allen Bundesländern".

Stoiber verkaufte seit 1993 für ca. 5 Milliarden € fast alle Staatsbeteiligungen und investierte das Geld ausschließlich in Forschungs- und Wirtschaftsförderung ohne sichtbaren Erfolg. Die Zahl der Arbeitslosen in Bayern nahm zu.

Für die notwendige Schulreform ist kein Geld vorhanden.

Nach 15 Jahren Staatsinterventionismus bei der Max-Hütte geht diese jetzt Pleite.

Die Verantwortung für 250 Mill.

Verlust beim halbstaatlichen Immobilienunternehmen LWS konnte Stoiber soeben auf seinen Staatsminister abwälzen.

Günter Beckstein (CSU) bayrischer und Stoibers designierter Innenminister will

- aus dem Zuwanderungsgesetz ein "Ausländer-Stopp-Gesetz" machen
- Erkenntnisse der Ausländerbehörden dem Verfassungsschutz mitteilen
- Abhörgeräte auch in Privat- und Geschäftsräumen installieren
- die Bundeswehr im Inland z.B. bei Demonstrationen einsetzen

Horst **Seehofer (CSU)** schon einmal gescheiteter Gesundheitsminister unter Helmut Kohl ist erneut erste Wahl für Stoiber.

Seehofer will die Zweiklassenmedizin: "Es ist dem Bürger zuzumuten bestimmte Krankheitskosten selbst zu zahlen. Wer das nicht will, zahlt höhere Kassenbeiträge." Deshalb soll es künftig Grund-und Wahlleistungen geben.

Heinrich Schmidt Rechtsanwalt und Notar

Tätigkeitsschwerpunkte

Erbrecht

Verkehrsrecht

Fachanwalt für Arbeitsrecht Fachanwalt für Sozialrecht

Stefanie Neidlinger

Rechtsanwältin

Tätigkeitsschwerpunkte

Familienrecht Mietrecht

Sozialrecht

Kieler Straße 86 · 24119 Kronshagen Telefon 0431/586790 · Telefax 0431/5867929 e-mail: H.Schmidt@schleswig-holstein.de

Kronshagen vor der Wahl zum Bundestag

CDU-Wirtschaftsrat: Die Eigenheimzulage und die Entfernungspauschale müssen wegfallen. Steuern auf Sonntags- und Nachtzuschläge. Die Zusage an die EU bis 2004 den Haushalt auszugleichen, soll verschoben werden.

Günter **Rexroth** - **FDP** - fordert: Steuern auf Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge, kein Abzug von Kosten für häusliche Arbeitszimmer, Streichung der Ökosteuer, Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe, Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

Arbeitskosten Rentenbeitrag:

1982 Helmut Schmidt SPD: 18,5% 1998 Helmut Kohl CDU: 20.3%

2002 Gerhard Schröder SPD: 19,1% dank Ökosteuer weitere Senkung möglich

Steuereinbruch:

Stoiber behauptet die Steuerreform begünstige die Großunternehmen. Die Körperschaftsteuer (Einnahme 1998/99 ca. 30 Milliarden) sei auf 0 gesunken und die Finanzämter zahlten mehr aus als sie einnehmen.

Er verschweigt: Im Jahr 2001 wurde das System der Körperschaftsteuer grundsätzlich geändert. Seit 1977 besonders in 16 Jahren Kohl-Regierung horteten Firmen versteuerte und nicht als Dividenden ausgezahlte Gewinne. Diese Gewinne wurden höher besteuert als Dividenden, weil Dividenden bei den Aktionären noch mal steuerpflichtig sind.

Die Systemänderung nutzen nun die Firmen zur Dividendenzahlung und erhalten heute die Erstattung damals zuviel gezahlter Steuern. Das dies geschehen würde, war der Bundesregierung bekannt und sie räumte dafür den Firmen eine Frist von 15 Jahren ein. Zur Zeit findet lediglich eine Ballung von Altverrechnungen statt. Auch ohne Steuerreform wäre diese Steuerverrechnung jederzeit möglich gewesen.

Eine Begünstigung findet und fand nicht statt. Stoiber weiß dies genau, nutzt aber die Kompliziertheit der Steuersysteme, um das Wahlvolk zu täuschen.

Dass die Steuerpläne der Union zu weit höheren Steuerausfällen geführt hätten und das Land Bayern für die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zu Lasten der Gemeinden war, verschweigt er ohnehin.



Der Reiseverlauf BLU Latina kann mit der Schiffsreise BLU Terra zu einem attraktiven Kombirabatt verknüpft werden.

Nähere Einzelheiten erfragen Sie beim Team vom

Reisebüro Kronshagen

Eckernförder Str. 315 24119 Kronshagen Tel. 0431/544511/12 und 544022 Fax 0431/548922



Wir bringen Sie weiter.

Aus dem Ortsverein

Rendsburg 20.04.2002 - SPD-Kreisparteitag zur Wahl des neuen Kreisvorstands





Ute Erdsiek-Raye am Tisch der Kronshagener Delegierten und Dirk Albat am Rednerpult

SCHRÖDER OPTIK

Inh. Jürgen Schröder staatl. gepr. Augenoptiker u. Augenoptikermeister Meddagskamp 4, 24119 Kronshagen · Tel. 0431 / 589595



DACHDECKERMEISTERBETRIEB



- BEDACHUNGEN
- FASSADENVERKLEIDUNGEN
- ISOLIERUNGEN

Domänenweg 18 b · 24119 Kronshagen · Telefon 0431 / 58 28 27

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen - As F Kronshagen

Kaufen - Verkaufen - Kaffeetrinken - Klönen

Am 10. Oktober 2002 findet die Kinderkleider -und Spielzeugbörse statt. Jede (r) kann mitmachen (außer Profis). Wir nehmen gerne Kleiderspenden entgegen, die wir verkaufen. Der Erlös der Spenden und des Kaffee- und Kuchenverkaufes wird für den Marie -Schlei Verein e.V. " Hilfe für Frauen in Afrika , Asien und Lateinamerika " zur Verfügung gestellt . Anmeldung für Verkäufer (innen) ab 2. Oktober Tel: 0431 582218, Fax: 0431 5808320 E -mail: EICKEPAYSEN@aol.com

Am 23. September 19 Uhr 30 lädt die A s F - Kronshagen ins Bürgerhaus ein. Thema : Die Herausforderung der Globalisierung für Frauen in Afrika , Asien und Lateinamerika in Alltag und Arbeitsleben. Frau Pham Hoai Giang aus Vietnam, Vertreterin der vietnamesischen Frauenunion berichtet aus ihrer Arbeit.

Eicke Paysen

Kontakte 10

Kronshagen vor der Wahl

Was sagen Naturschützer?

aus "Naturschutz heute" Magazin des Naturschutzbundes Deutschland NABU (3/02): "Das wirkliche FDP-Programm:

Abschaffung der Ökosteuer, Neubau von Atomkraftwerken, Abschaffung des Bundesnaturschutzgesetzes, weniger ökologischen Landbau, Ausbau der Flüsse in Ostdeutschland"

Aus "Greenpeace Nachrichten" 3 - 02

"Rot-Grün hat für die Umwelt mehr beweat als CDU/CSU/FDP in mehreren Leaislaturperioden zuvor. CDU/CSU haben das Verbraucherinformationsgesetz verhindert, damit die Verbraucher nicht erfahren sollen, wer Gift in ihre Lebensmittel mischt (Greenpeacesprecher Stefan Krug)"

Und Stoibers CDU-Mann Harry Carstensen (Schl.-Holst.):

Ausbau der Veredelungswirtschaft (mehr Umweltverschmutzung durch Landwirtschaft), Wiedereinstieg in die Atomenergie, Verringerung der Kontrollen in der Landwirtschaft, stärkere Förderung des konventionellen Landbaus (zu Lasten ökologischer Landwirtschaft).





Kopperpahler Allee 70

24119 Kronshagen

- Ausführung sämtlicher Fliesenarbeiten
- Handel und Verlegung
- Kunststein und Naturstein

Kopperpahler Allee 70

Montag-Donnerstag 7.00-17.00 Uhr 7.00-15.00 Uhr A. Paulsen, Wittland

10.00-18.00 Uhr Montag-Freitag 10.00-13.00 Uhr Samstag Sonntag, Schautag 14.00-17.00 Uhr

Ausstellung

Fax 54994 © (0431) 548660

Impressum: Kontakte Zeitung der SPD Kronshagen http://www.spd-kronshagen.de V.i.S.d.P. Cord-P. Lubinski, Redaktion: D. Enders, F. Nehls, Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen Anzeigen erfolgen unabhängig vom politischen Inhalt

Auflage 6.000 - kostenfrei an alle Haushalte in Kronshagen Anzeigenwerbung und Annahme: K. - August Möller, Tel.: 0431 58 84 76 Anfragen: Malte Hübner-Berger, Hufenkamp 11, Tel.: 58 99 54

E-MAIL: SPD-KRONSHAGEN@T-ONLINE.DE

Druck: Walter Joost, Eckernförder Str. 239, 24119 Kronshagen, T.: 0431 542231 http://www.druckerei-joost.de